

Antrag

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Kai Gehring, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Kai Gehring, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, Tabea Rößner, Dr. Harald Terpe, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer, Annalena Baerbock, Harald Ebner, Matthias Gastel, Oliver Krischer, Peter Meiwald, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine öffentlichen Forschungsgelder für den Wiedereinstieg in atomare Technologien - 6. Energieforschungsprogramm vollständig in Richtung Energiewende weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima wurde am 30. Juni 2011 in Deutschland fraktionsübergreifend der Atomausstieg beschlossen und damit der Weg frei gemacht für die Energiewende. Jetzt stehen wir vor der großen Herausforderung und gleichzeitig historischen Chance, als erste der großen Industrienationen die Transformation in eine post-nukleare und CO₂-neutrale Energiewirtschaft zu meistern. Damit das gelingt, müssen die gesellschaftlich-politischen, wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen stimmen und die Forschungsprioritäten richtig gesetzt sein.

Der bisherige Kurs der Bundesregierung geht allerdings in eine andere Richtung. Denn in der Energieforschung ist der Atomausstieg noch nicht vollzogen. Immer noch wird die Erforschung atomarer Technologien wie Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation mit Steuergeldern unterstützt. Techniken, die im Falle ihrer tatsächlichen Umsetzung den Wiedereinstieg ins atomare Zeitalter bedeuten würden. So wurden im 6. Energieforschungsprogramm (2011-2014) 900 Millionen Euro an Steuergeldern für die nationale atomare Forschung ausgegeben. Gelder, die nur zu einem Drittel der notwendigen Sicherheits- und Endlagerforschung gewidmet sind und die mit mindestens 600 Millionen Euro in die Erschließung neuer Formen der Atomkraft fließen. Bei der Fusionsforschung handelt es sich um ein Fass ohne Boden, das Milliardensummen verschlingt ohne nennbare Erfolge hervorzubringen. Gemäß der sogenannten „Fusionskonstante“ verschiebt sich konstant die Prognose, dass in jeweils ca. 30 bis 35 Jahren Energie mittels kontrollierter Verschmelzung der Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium produziert werden könne. Von heute aus wäre das also ungefähr im Jahr 2050. Bis dahin muss die Energiewende schon längst vollzogen sein. Die Mittel, die in die Fusionsforschung gehen, fehlen bei der

Erforschung neuer Speichermethoden und Technologien, wie z.B. „Power-to-heat“ und „Power-to-gas“ und bremsen das Projekt Energiewende unnötig aus. Hier ist ein Gegensteuern erforderlich.

Derzeit wird das 6. Energieforschungsprogramm weiterentwickelt und neu aufgestellt. Deshalb sollten jetzt die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. Bereits am 27. Januar 2014 kündigte die Bundesforschungsministerin Johanna Wanka im Interview mit dem Handelsblatt an: "Wir werden die Energieforschung komplett auf die Energiewende ausrichten." Und auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sagte in der Regierungsbefragung am 6. Mai 2015 anlässlich der Vorstellung des *Bundesberichts Energieforschung 2015*: „Ich persönlich bin allerdings der Auffassung, dass wir ab 2017 die Möglichkeit nutzen müssen, die Gelder für die Forschung zu verwenden, deren Ergebnisse die Bundesrepublik Deutschland am Ende sinnvoll nutzen kann. Das wird bei der Kernfusionsforschung nach meinem Eindruck nicht mehr möglich sein, jedenfalls dann nicht, wenn wir die Energiewende konsequent zu Ende führen.“ Diese Ankündigungen erfordern ein glaubwürdiges und umfassendes Umsteuern im konkreten politischen Handeln dieser Bundesregierung. Die Energiewende muss auch in der Energieforschung konkret umgesetzt und klug ausgestaltet werden.

Die Energiewende auf der Basis von Erneuerbaren und Effizienz ist die große Chance für den Innovations- und Industriestandort Deutschland. Indem wir beispielhaft einen Weg aufzeigen dem Klimawandel ebenso wie dem ruinösen Wettlauf um die verbleibenden fossilen Energieträger und anderer Rohstoffe nachhaltig entgegenzuwirken, erreichen wir zukünftige Versorgungssicherheit und gewinnen Wissensvorsprünge auf einem technologischen und wirtschaftlichen Zukunftssektor. Deutschland hat kaum Rohstoffvorkommen, die wichtigste Ressource ist das Know-How der hier lebenden Menschen. So bietet eine konsequent betriebene Energiewende neben eigener Energiesicherheit und Nachhaltigkeit auch technologisches Exportpotenzial und - wie die Erfahrung bereits lehrt - damit Wirtschaftskraft gerade in Zeiten von Finanz- und Währungskrisen.

Damit der Atomausstieg in Deutschland vollständig umgesetzt und die Energiewende gelingen kann, dürfen keine weiteren öffentlichen Gelder in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation investiert werden. Stattdessen muss sich die Energieforschung auf Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung konzentrieren. Die Weiterentwicklung des 6. Energieforschungsprogramms muss genutzt werden, um der Energiewende auch in der Forschung zum Erfolg zu verhelfen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- bei der Weiterentwicklung des 6. Energieforschungsprogramms keine öffentlichen Gelder mehr für die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation einzustellen;
- die in der Fortführung des 6. Energieforschungsprogramms vorgesehenen öffentlichen Forschungsgelder vollständig für das Gelingen der Energiewende durch Forschung für mehr Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie für die Sicherheits- und Endlagerforschung einzusetzen.

Berlin, den 16. Juni 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion